

An
Frau Oberbürgermeisterin
Carda Seidel
Johann-Sebastian-Bach-Platz 1
91522 Ansbach

18. Februar 2020

Gemeinsamer Antrag

Der Stadtrat wolle beschließen:

Zum nächsten Fahrplanwechsel führt die Stadt Ansbach die VGN-Tarifstufe F ein. Das entsprechende Verfahren im Verkehrsverbund leitet die Verwaltung frühzeitig ein.

Begründung:

Nachdem die Ausrichtung des ÖPNVs über viele Jahre hinweg Zankapfel im Stadtrat gewesen war, haben wir 2019 einstimmig einen Richtungswechsel einleiten können: Die Verbesserung des Angebots und eine Preissenkung für Zeitkarten. Letzteres gestaltet sich aufgrund der relativ starren Tarifstruktur im VGN schwierig. Nur unter Inkaufnahme von Verwaltungsaufwand und für die Bevölkerung wenig attraktiven Antragsverfahren konnten wir bislang den Wunsch vieler Bürger nach bezahlbarer, nachhaltiger Mobilität in Ansbach ein kleines Stück weit gerecht werden.

Das Anliegen des Seniorenbeirats, auch Einzelfahrten zu vergünstigen, ist ein richtiger und wichtiger Ansatz. Zurecht haben Parteien und Wählergemeinschaften diese Forderung in ihr Kommunalwahlprogramm aufgenommen. Mit dem bestehenden System ist dieses Verlangen mit Blick auf zehntausende Einzelfahrscheine allerdings nicht umzusetzen. Einreichung von Einzelfahrten bei der Stadt, Prüfung und Auszahlung entsprechender Zuschüsse in Cent-Beträgen würden vielmehr ein Bürokratie-Monster erschaffen.

Daher ist der wirtschaftlichere und für die Bürger attraktivere Weg, in diejenige Tarifstufe zurückzukehren, in der sich Ansbach bis 2011 befand: In der Stufe F kostet beispielsweise die Einzelfahrt 1,30 Euro (statt derzeit 2,00 Euro), das Tagesticket 2,80 Euro (statt derzeit 4,50 Euro). Eine klare und unbürokratische Lösung ist möglich. So werden unsere Stadtbusse auch von Gelegenheitsfahrern stärker nachgefragt und unser ÖPNV kann beim Preis eine echte Alternative zur PKW-Nutzung bieten.

Finanzierung:

Für das laufende Haushaltsjahr fallen keine Kosten an. Die derzeitigen Fahrgeldeinnahmen betragen nach dem Fahrgastverlust der vergangenen Jahre nur noch 1,04 Millionen Euro (2018). Der Wechsel in Stufe F vergünstigt alle Tickets um rund ein Drittel. Mit Blick auf das Potenzial für eine höhere Nutzerzahl, der Einsparung bei den bürokratischen Zuschusstickets sowie auf frei werdende Kräfte in der Verwaltung liegen die Mehrkosten der Maßnahme bei rund 200.000 Euro im Jahr. Eine entsprechende Ausgleichszahlung an die Ansbacher Bäder- und Verkehrsgesellschaft mbH soll bei der Erstellung von Haushalt 2021 und Finanzplanung Folgejahre berücksichtigt werden. Das ist uns eine soziale und ökologische Gestaltung des Nahverkehrs in Ansbach wert.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Boris-André Meyer, OLA

Manfred Stephan, BAP

Richard Illig, Grüne

Friedmann Seiler, ÖDP

Dr. Paul Kupser, FW